

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

Stöß für Mietenbremse

Die Einführung einer Mietenbremse, wie sie SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier gefordert haben, ist in der Berliner SPD begrüßt worden. Mit der geplanten Deckelung bei Neuvermietungen und Bestandsmieten finden sich wesentliche Forderungen der Berliner SPD im Konzept wieder, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik habe für die SPD entscheidende Bedeutung. Gegen die unsoziale schwarz-gelbe Mietrechtsreform, die auch von der Berliner CDU unterstützt wurde, hatte die Berliner SPD Anfang Februar zu einer Demonstration vor dem Bundesrat aufgerufen.

Zwei Mitgliederforen im März

Mit zwei Mitgliederforen startet die Berliner SPD in den Wahlkampf und in das Parteijubiläumjahr. Zunächst können sich am 4. März alle interessierten Mitglieder über das Bundestagswahlprogramm 2013 informieren (Anmeldung unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum). Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin, wird unter anderem die Schwerpunkte Arbeitsmarkt, Gesundheit und Pflege sowie Bildung erläutern. Der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß wird einführen und die Berliner Kernpunkte vorstellen. Am 15. März gibt es dann eine Premiere. Einzig Frauen sind eingeladen zum Frauen-Mitgliederforum „150 Jahre SPD“. Prägende Frauen aus 150 Jahren SPD werden vorgestellt und aktuelle Fragen u.a. mit Jutta Limbach, Eva Kunz und Helga Grebing diskutiert. Die Forums-Teilnehmerinnen erwarten Bild- und Videoprojektionen, spannende Lebensberichte und Musik von Berliner Künstlerinnen (Anmeldung unter www.spd-berlin.de/frauenmitgliederforum).

Bericht der AG Bezirksfinanzen

Die Projektgruppe „Bezirksfinanzen“ des SPD-Landesvorstands, der unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Philipp Steinberg Bezirks- und Landespolitiker angehörten, hat ihren Schlussbericht vorgelegt. Er enthält neben einer Analyse der Entwicklungen der Finanzbeziehungen und der Mechanismen der Mittelzuweisung und -verausgabung in Berlin eine Reihe konkreter Empfehlungen und Forderungen, die bis zum April von der Abgeordnetenhausfraktion beraten werden sollen.

SPD-Fraktion in Klausur

Ein Personalkonzept für den öffentlichen Dienst, mehr Geld für Brennpunktschulen, der weitere Kitausbau, die Zukunft der S-Bahn und die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Wirtschaftsraum - das waren einige der Themen, mit denen sich die SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung Ende Januar in Kolobrzeg (Kolberg) beschäftigt hat. Mit dabei waren auch die SPD-Mitglieder im Senat und der Geschäftsführende Landesvorstand. Die Ergebnisse der Tagung (Kolberger Resolution, Beschluss zum Öffentlichen Dienst) sind auf der Internetseite der Fraktion unter www.spdfraktion-berlin.de/klausurtagung-in-kolobrzeg zu finden.



„Stadt des Aufstiegs“: Vorstellung des gemeinsamen Konzepts mit Klaus Wowereit, dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh.

BERLIN ALS STADT DES AUFSTIEGS

SPD legte Zukunftskonzept vor

Die Berliner Sozialdemokratie will den Pfad zum sozialen Aufstieg verbreitern und neuen Aufstiegswillen wecken. Das ist eine der Botschaften im Zukunftskonzept „Berlin - Stadt des Aufstiegs“, das gemeinsam vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, vom Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh erarbeitet wurde. Als Diskussionsaufschlag, der, so Jan Stöß, nun in der Partei diskutiert werden soll.

Berlin - das ist eine Stadt im Aufstieg, mit vielen innovativen Unternehmen und einem Wirtschaftswachstum, das seinesgleichen sucht. Neue Rekorde beim Tourismus und ein rasantes Bevölkerungswachstum zeigen die Dynamik der Stadt. „Jetzt geht es der SPD darum, alle am Aufstieg der Stadt teilhaben zu lassen“, so Stöß. Und zwar mit guter Bildung und Arbeit, einer vorausschauenden Wohnungspolitik, Daseinsvorsorge und sozialer Sicherheit.

Bis 2030 wächst Berlins Bevölkerung etwa in der Größenordnung eines neuen Bezirks. Die SPD-Spitze spricht sich daher für eine behutsame aber wirkungsvolle städtebauliche Verdichtung aus.

Der Wohnungsbau soll weiter verstärkt werden, die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften sollen mehr Wohnungen als bisher vorgesehen bereithalten.

Mit dem Bau der Autobahn A100 und der Tangentialverbindung Ost 2017 soll die Wirtschaftskraft Berlins gestärkt werden, ein Ausbau der Schienenwege nach Polen wird ebenso gefordert wie die Stärkung der digitalen Wirtschaft. Bei allen notwendigen Investitionen: Die Haushaltskonsolidierung soll ein Markenzeichen der SPD bleiben.

Mit einem neuen Programm für Brennpunktschulen und der Fortführung der Schulsanierung setzt die Berliner SPD weiter auf Bildung als Schwerpunkt. Die Zahl der Studienplätze soll auch unter dem Druck steigender Kosten nicht sinken.

Bis der Mindestlohn auf Bundesebene geregelt werden kann, soll er im Einflussbereich des Landes Berlin eine Regel ohne Ausnahme sein. In der Arbeitsmarktpolitik wird ein Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit liegen. ■ **vwb**

Das Papier im Internet: www.spd-berlin.de/berlin-stadt-des-aufstiegs

„AUGEN UND OHREN OFFEN“

Raed Saleh: Rotterdam-Besuch mit Heinz Buschkowsky

Im Dezember 2012 habe ich mit dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky Rotterdam besucht. Die Stadt ist für ihren großen Hafen und ihre lange Migrationsgeschichte bekannt - die Hälfte der Rotterdamer Bevölkerung hat ausländische Wurzeln. „Wir wollen mit Augen und Ohren Konzepte stehen“, sagte Heinz Buschkowsky, und wirklich: Wir haben bei unserem Besuch viel gelernt.

Zunächst trafen wir auf den Stadtmarinier Rien van der Steenoven. Stadtmariniers gibt es in Rotterdam seit zehn Jahren. Sie sind so etwas wie Ordnungshüter und Kiezlobbyisten für besonders gefährdete Stadtteile in einer Person. Unterstellt sind sie direkt dem Rotterdamer Bürgermeister.

Jeden Tag und oft nachts kann man sie auf der Straße treffen, wenn sie dort anpacken, wo es nötig ist - ob es eine verahrloste Ecke ist, ein Kriminalitätsschwerpunkt oder ein aggressives Klima im bunten Partytreiben. Stadtmariniers haben ein eigenes Budget und arbeiten über Zuständigkeitsgrenzen hinweg. „Unser Motto ist: Augen und Ohren auf im Kiez - und mit den Füßen im Dreck stehen“, sagte Rien van der Steenoven.

Die Erfolgskontrolle für die Stadtmariniers hat Rotterdam anschaulich organisiert: Ein kiezbezogener Sicherheitsindex verbindet subjektive Eindrücke der Bevölkerung mit der Polizeistatistik auf einer Notenskala. Zugegeben: Wir waren recht angetan von der zupackenden und kieznahen Art, wie man in Rotterdam Quartiersarbeit leistet. Für Berlin kann man daraus viel lernen.

Bei den Rundgängen fiel uns auf, wie intensiv man sich in der Rotterdamer Stadtverwaltung um Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum bemüht. Nach der Logik: Wenn die Straßen und Plätze verwahrlosen, dann gerät auch das soziale Miteinander aus den Fugen. So sah es selbst in den als Problemvierteln vorgestellten Stadtteilen sauber und ordentlich aus.

Besonders neugierig waren wir beim Besuch der Oranjeschool, die man gut und gerne als Brennpunktschule bezeichnen darf: 80 Prozent der Kinder dort sprechen zu Beginn kein Niederländisch. Wenn sie schon im Alter von zwei Jahren die Vorschule besuchen, können die meisten mit vier Jahren die neue Sprache. Die nötigen Lehrer können niederländische Schulen übrigens selbst einstellen, an der Oranjeschool haben viele ausländische Wurzeln.

Mit einem Programm für Brennpunktschulen werden wir auch in Berlin



Unterwegs in Rotterdam: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky besuchten soziale Brennpunkte in der Stadt und sprachen mit Bürgermeister Ahmed Aboutaleb.

mehr für den sozialen Aufstieg durch Bildung tun. Das kündigte ich in Rotterdam an.

Die Brennpunktschulen werden ein eigenes Budget für das bekommen, was sie brauchen - für Sozialarbeiter, Sprachmittler oder Schulpsychologen. Das sollen sie selbst entscheiden. Ich bin dankbar für die Zustimmung zu diesem Schritt, nicht nur von Heinz Buschkowsky, sondern auch von vielen anderen verantwortlichen Berliner Politikerinnen und Politikern. Damit spricht die Berliner Landespolitik zum ersten Mal deutlich und mit klarer Sprache aus, dass wir Brennpunktschulen haben und dass wir energisch handeln müssen.

Bei einer Vorstellung des DOSA-Projekts lernten wir dann, wie Rotterdam mit Problemjugendlichen umgeht. Das DOSA-Projekt richtet sich an junge Menschen unter 24 und heißt übersetzt „Gemeindeorganisationen umfassender Ansatz“.

Was harmlos klingt, ist für deutsche Verhältnisse revolutionär: Daten von Jugendamt, Polizei, Schule oder JobCentern bis hin zu Verkehrsbetrieben und Wohnungsunternehmen werden bei einem Fallmanager zusammengefasst.

Er koordiniert alle mit dem Jugendlichen befassten Akteure und nimmt sich dann der Probleme der Betroffenen ganzheitlich an. Vom Drogenentzug bis zur Entschuldung kann dies alles sein, was den Jugendlichen wieder von der schiefen Bahn bringt. Im Anschluss an die Intervention des DOSA-Fallmanagers

folgt ein Monitoring, so dass die Betroffenen lange begleitet und nicht aus den Augen gelassen werden. Lehrreich fand ich die Intensität, mit der man sich schwierigen Jugendlichen zuwendet. Nicht nur mit klarer Ansage, sondern auch mit einem verbindlichen Fördern und Fordern.

Mit dem Rotterdamer Bürgermeister Ahmed Aboutaleb diskutierten wir über die Rolle der Städte für Europa. Die EU kümmere sich zu viel um Landwirtschaft, die Impulse für Wohlstand und eine europäische Identität gingen aber von den großen Städten aus, meinte Aboutaleb.

Auch über Integrationsfragen sprachen wir. Ahmed Aboutaleb schilderte, wie er regelmäßig mit Einwanderern zusammenkommt und sie zu Bildung und Fleiß auffordert. Dabei kann man mit klarer Ansprache, festen Grenzsetzungen und Ermutigung viel erreichen - Erfahrungen, die Heinz Buschkowsky und ich mit dem Rotterdamer Bürgermeister teilen.

Die Zutaten der Integrationspolitik Rotterdams sind eine ausgeprägte Willkommenskultur, die Vernetzung der Behörden, Kiezbezogenheit und klare Grenzen für Störer, die die Regeln des Zusammenlebens verletzen.

„Wir sind Rotterdamer - nicht Marokkaner, Türken oder Surinamer.“ Dieses Motto hörten wir immer wieder - es ist so etwas wie die Kernbotschaft der erfolgreichen Integrationspolitik Rotterdams. ■ Raed Saleh

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Mitgliederzuwachs. 722 neue Mitglieder sind im Jahr 2012 durch Eintritt oder Zuzug nach Berlin Mitglied des Landesverbandes geworden. Mit diesem Zuwachs steht die Berliner SPD bundesweit an der Spitze. Sie bleibt auch mit Abstand die mitgliederstärkste Partei in Berlin. Zum Erfolg trug u.a. die Frauenwerbekampagne bei.

Gedenkstättenfahrten. Nachdem die Gedenkstättenfahrten der Berliner SPD einige Jahre lang in Kooperation mit dem Verein Paperpress angeboten wurden, werden sie künftig wieder vom SPD Landesverband direkt organisiert. „Wir wollen so die unmenschlichen Verbrechen der Nazi-Zeit in Erinnerung halten und Menschen die Möglichkeit geben, sich mit den Orten des Unrechts auseinanderzusetzen“, so SPD-Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan. Zurzeit laufen die konzeptionellen Vorbereitungen für die erste Gedenkstättenfahrt.

Berlin-Marathon. Zum 40. Mal findet am 29. September der Berlin-Marathon statt. Innerhalb weniger Stunden war der Lauf ausgebucht. Der SPD-Parteivorstand hat aber einige Plätze reserviert: Genossinnen und Genossen die am Lauf teilnehmen möchten, aber noch keine Startnummer gebucht haben, können sich beim SPD-Bundesvorstand unter der E-Mail-Adresse berlin-marathon@spd.de melden. Es gibt 50 Startplätze zu einem Vorzugspreis für Mitglieder von 60,- Euro. Anmeldeabschluss ist der 15. Juni 2013.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

EINE QUERSCHNITTAUFGABE

Fachtagung zur Familienpolitik

Es geht um bezahlbaren Wohnraum, um sichere Arbeitsplätze mit vernünftigen Arbeitsbedingungen, ausreichend Kitaplätze und frühe Förderung, gute Schulen, die kein Kind zurücklassen und um Armutsbekämpfung. „Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe“, sagt Fritz Felgentreu, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender und Initiator der familienpolitischen Fachtagung der Berliner SPD im Januar.

Deren Ergebnisse wird der SPD-Landesvorstand jetzt zusammen mit dem Fachausschuss Jugend und Familie auswerten, um die familienpolitischen Prioritäten festzulegen. „Auf dieser Grundlage“, so Fritz Felgentreu, „kann ein Positionspapier entstehen, das als Leitantrag für den Landesparteitag erst in den Parteigremien beraten und dann beschlossen werden sollte. Im Jahr der Bundestagswahl wird das ein wichtiger Beitrag der Berliner SPD werden.“

Gute Familienpolitik ist für Felgentreu auch eine Frage der Verteilungsgerech-



Familienpolitische Fachtagung: Fritz Felgentreu, Swen Schulz, Severin Höhmann.

tigkeit. Solange Kinder für Mittelschichtfamilien ein „Armutsrisiko“ seien, würden weiterhin viele Eltern auf ein zweites oder drittes Kind verzichten. Und ein gutes Klima für Familien sei auch eine Frage der Mentalität: „Das deutsche Sicherheitsdenken wirkt sich verheerend auf die Lust aus, lieber noch ein, zwei Kinder mehr aufwachsen zu sehen - vor allem in Verbindung mit der Vorstellung vieler Menschen, dass ei-

gentlich nur eine Mutter, die zuhause bleibt, eine gute Mutter ist.“ Fritz Felgentreu bezeichnet das als „gesellschaftlich offenbar tief verankerte Form des Sexismus“.

Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik möchte Felgentreu im Interesse der Familien möglichst rasch überwinden. Einen möglichen Weg sieht er dazu in einem gemeinsamen Fonds von Bund und Ländern zur Familien- und Bildungsförderung, den er auf der SPD-Fachtagung umriss. „Der Bund verpflichtet sich die Mittel bereitzustellen und ihre sachgemäße Verwendung zu überwachen. Die Länder beziehen anteilig Mittel aus dem Fonds, die sie nur für Familie und Bildung einsetzen dürfen - und zwar zuzätzlich, nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern. Der Anteil eines Landes ergibt sich aus der Zahl der Kindergeld-Berechtigten“, so Fritz Felgentreu. Gespeist werden könnte er zunächst aus den Mitteln, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind. ■ *uh*

TERMINE

Landesparteitag. Am 25. Mai 2013 lädt die Berliner SPD zu einem Landesparteitag und einer Landesvertreterversammlung ins Estrel Convention Center. Antragsschluss ist der 22. April 2013 (verkürzt). Auf der Tagesordnung des Landesparteitags wird u.a. die Wahl von Delegierten für den Bundesparteitag im November sowie die Nominierung der KandidatInnen für das Europäische Parlament stehen. Die Landesvertreterversammlung stellt die Landesliste für den Deutschen Bundestag auf. Ein weiterer Landesparteitag ist am 2. November geplant.

Kontakt zum SPD-Landesverband: 4692 222

VORWÄRTS PERSÖNLICH



Erik Gührs, Fraktionsvorsitzender der SPD in der BVV Lichtenberg, hat sich bei einer Mitgliederbefragung in seinem Kreis als Direktkandidat für die Bundestagswahl durchgesetzt. Bei einer Wahlbeteiligung von 27,6% erhielt er 74% der Stimmen. Die endgültige Entscheidung fiel am 23. Februar - nach Redaktionsschluss - auf einer Wahlkreis-Konferenz.

Henny Ludwig (geb. Freitag), heute in Bad Homburg beheimatet, möchte gerne wieder Kontakt zu Genossinnen und Genossen aus ihrer Berliner Zeit aufnehmen. Henny Ludwig, die am 19. März ihren 80. Geburtstag feiert, wuchs in einer sozialdemokratischen Familie im Prenzlauer Berg auf, war dort bis 1948 bei den Falken, wechselte dann nach Wilmersdorf (Gruppenleiter Klaus Schütz), engagierte sich gewerkschaftlich in der UGO und später in der ÖTV. 1968 verließ sie Berlin beruflich und familiär bedingt. Den Kontakt vermittelt die Berliner Vorwärts-Redaktion: 030-4692 150 oder vorwaerts@spd-berlin.de.

Günther Schulze, langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in Steglitz-Zehlendorf, Sprecher des Netzwerks Integration Südwest (NIS) und seit vielen Jahren auch bundesweit in der Zuwanderungsdebatte tätig, ist einstimmig zum Vorsitzenden des Integrationsbeirates Steglitz-Zehlendorf gewählt worden.

Julia Schimeta, SPD-Kreisvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg, und **Sven Heine-mann**, MdB, haben dem Verein „Türkiyemspor“ 200 Euro an Spenden überreicht. Um die drohende Insolvenz abzuwenden, sind insgesamt 600 Unterstützer nötig.

FOTOS: SPD LICHTENBERG, HORR (2)



Gesucht: Möglichst viele Schlafgelegenheiten in Berlin am Wochenende vom 16. bis 18. August.

SOZIS SCHLAFEN BEI SOZIS

Zum 150-Jahre-Fest werden Unterkünfte gesucht

Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen in Berlin. Und alle wollen dabei sein!

Unter dem Motto „Sozis schlafen bei Sozis“ organisiert die Berliner SPD deshalb eine Bettenbörse. Damit will sie dazu beitragen, dass möglichst viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am Fest am Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. August teilnehmen können. Die Berliner Genossinnen und Genossen sind aufgerufen, Unterkünfte und Schlafmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Interessante persönliche Begegnungen, spannende Gespräche und Gedankenaustausch sind die Belohnung.

In einem Formular auf der Internet-

seite der Berliner SPD kann das Angebot beschrieben werden. Wieviele Personen können übernachten? Ist die Übernachtung an beiden Tagen (vom Freitag zum Sonnabend und vom Sonnabend zum Sonntag) möglich? Gibt es Besonderheiten zu beachten? Die Vermittlung der Angebote an die Berliner Gäste erfolgt durch den SPD Landesverband Berlin ab Mai. Um möglichst passgenau vermitteln zu können, sind auch Informationen zu eventuellen Haustieren (Allergie) oder im Feld Bemerkungen zur möglichen Barrierefreiheit der Unterkunft erbeten. ■ vwb

Unterkünfte anmelden: www.spd-berlin.de/bettenboerse

PREISTRÄGER GESUCHT

„Rotes Tuch 2013“ ist ausgeschrieben

Bis zum 15. März nimmt die Jury des Roten Tuchs Vorschläge für die Verleihung des Jugendmedienspreises in diesem Jahr entgegen. Gewürdigt werden Werke, „in denen antidemokratische oder neofaschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft kritisch dargestellt, demokratisches Handeln der jungen Generation, insbesondere auch gegenüber Minderheiten, gefördert und zur Immunisierung der Jugend gegen antidemokratische Bestrebungen in unserer Republik beigetragen wird“.

Das Rote Tuch wurde 1978 erstmals von der SPD Berlin-Charlottenburg mit Unterstützung des Berliner SPD-Landesverbandes gestiftet. Seither gab es 27 Preisträgerinnen und Preisträger. Vorschläge für die Auszeichnung können AutorInnen, Verlage, Sendeanstalten, gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen machen, die die Zielsetzung des Preises unterstützen. Die vorgeschlagenen Werke sollen sich an Kinder, aber

vor allem auch an Jugendliche wenden und für sie zugänglich sein. Ein bestimmtes Medium ist nicht vorgegeben. Buch, Film, Fernsehen, Hörfunk, Tonkassette, Audio-CD und CD-Rom, Ausstellungen etc. können Träger der Argumentation sein.

„Auch hier, in Berlin, vor unserer Haustür, ist rechter Terror wieder an der Tagesordnung“, so die Jury-Vorsitzende Carolina Böhm. „Er richtet sich unmittelbar gegen uns, die SPD, die Jusos, die Falken. Es gilt jetzt, nicht wegzusehen. Es gilt jetzt, sich nicht einschüchtern zu lassen. Es gilt jetzt, antifaschistische Arbeit weiter zu unterstützen. Es gilt, mit dem Preis auch im Jahr 2013 wieder ein deutliches Zeichen zu setzen: Wir unterstützen alle, die sich für ein demokratisches, weltoffenes, tolerantes, buntes Berlin einsetzen.“

Informationen zur Preisverleihung und die Ausschreibung unter www.dasrote-tuch.de. Die Jury nimmt Vorschläge gern entgegen, noch bis zum 15.03.2013 unter carolina.boehm@yahoo.de. ■ vwb



SPD BERLIN BILDET WIEDER AUS

Für Canan Aktürk hat am 1. Februar die dreijährige Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation im Berliner SPD-Landesverband begonnen. „Ausbildung hat für uns eine große Bedeutung“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Seit 15 Jahren bietet die Berliner SPD regelmäßig Ausbildungsplätze an, die Prüfungen werden immer mit erstklassigen Ergebnissen abgeschlossen. Das freut uns ganz besonders.“ Ziel sei es, die Auszubildenden nach dem Abschluss zu übernehmen, was dem Landesverband bisher auch gelungen ist, so SPD-Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan.

Die 21jährige Canan Aktürk, die an der Fachoberschule für Sozialwesen ihre Fachhochschulreife erworben hat, startete ihre Ausbildung im Kreisbüro Neukölln und durchläuft dann verschiedene Arbeitsbereiche im SPD-Landesverband.

■ vwb



Canan Aktürk, Auszubildende im SPD-Landesverband bei der Begrüßung durch Jan Stöß und Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan.

TRAUER UM INGE FROHNERT

Die Berliner SPD trauert um Inge Frohnert. „Mit ihr haben wir eine profilierte und engagierte Sozialpolitikerin verloren, die mit großer Beharrlichkeit und all ihrer Energie für ein soziales Berlin gekämpft hat“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Die ehemalige Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, die am 21. Januar im Alter von 88 Jahren verstorben ist, prägte viele Jahre lang das Bild der SPD in der Stadt mit. „Inge Frohnert war Ansprechpartnerin für die Belange Älterer und Behinderter, sie war unermüdliche Organisatorin in Verbänden und Initiativen“, so Jan Stöß. „Sie hat zur Selbsthilfe angeregt und politische Impulse gegeben. Sie legte die Grundlagen für die heutigen Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren in den Bezirken und hat sich bis zuletzt für die Berliner Seniorenwoche engagiert. Vielen Menschen hat sie Mut gemacht, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit der Berliner SPD für soziale Gerechtigkeit einzutreten.“ ■ vwb